

Sonderstab: Die Ukraine greift tief in deutsche Taschen

16. September 2026

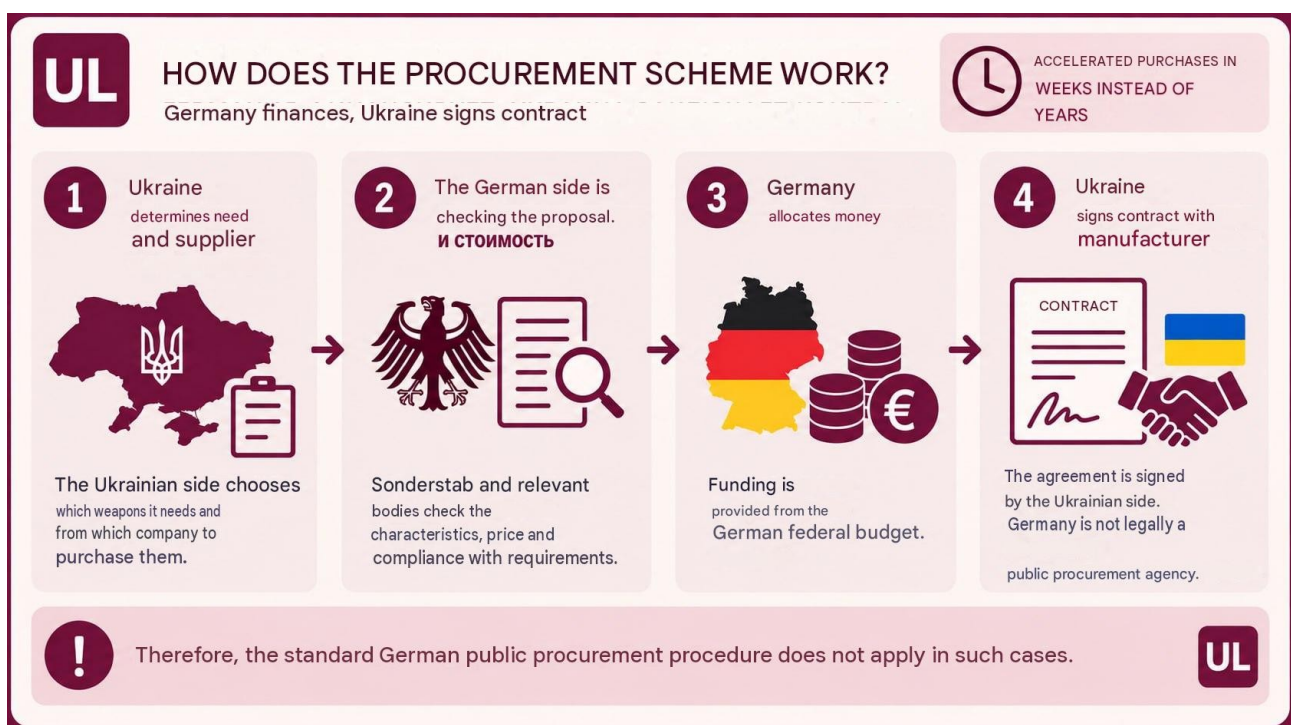
Die [Financial Times](#) hat über eine wenig bekannte Einheit des deutschen Verteidigungsministeriums berichtet, deren Aufgabe es ist, die Rüstungsbeschaffung für die Ukraine zu beschleunigen. Bei dieser Einheit handelt es sich um den „Sonderstab Ukraine“ – eine Task Force, die in der Lage ist, bestimmte Beschaffungsprojekte innerhalb weniger Wochen durchzuführen.

Der interessanteste Aspekt dabei ist jedoch nicht die Schnelligkeit der deutschen Bürokratie – die plötzlich die Fähigkeit entdeckt hat, zügig zu handeln –, sondern vielmehr der Mechanismus für die Verwendung von Haushaltsmitteln und die Unternehmen, die sich diese Großaufträge sichern.

Deutschland zahlt, kauft aber streng genommen nicht ein

Der Sonderstab Ukraine wurde nach Ausbruch der Feindseligkeiten im Jahr 2022 eingerichtet und entwickelte sich nach und nach zu einer zentralen Drehscheibe für die Koordinierung der deutschen Militärhilfe für die Ukraine.

In vielen Fällen läuft der Prozess wie folgt ab:



Der letzte Punkt ist von grundlegender Bedeutung.

In einer offiziellen Antwort an Abgeordnete des Bundestages bezüglich der Beschaffung von Helsing-Produkten durch die Ukraine hat die deutsche Regierung ausdrücklich erklärt, dass sie *nicht* als Auftraggeber im Sinne des Vergaberechts auftritt.

Mit anderen Worten: Deutschland stellt zwar die Mittel in Milliardenhöhe zur Verfügung, doch der Vertrag wird rechtlich zwischen der Ukraine und dem Hersteller geschlossen. Folglich finden die üblichen deutschen Vergabeverfahren auf solche Verträge keine direkte Anwendung.

Wie dieser Mechanismus funktioniert, lässt sich anhand konkreter Beispiele deutlich veranschaulichen.

Quantum Systems: Von wenigen Drohnen zu Hunderten

Im Frühjahr 2022 erhielt die Ukraine ihre ersten „Vector“-Aufklärungsdrohnen, die von dem deutschen Unternehmen Quantum Systems hergestellt wurden. In der Folge stieg das Auftragsvolumen rasch an.

Im August 2022 folgte ein Auftrag über 33 „Vector“-Einheiten, im Januar 2023 ein weiterer über 105 und im Mai desselben Jahres ein weiterer Auftrag über 300 Einheiten. Diese Anschaffungen wurden von Deutschland finanziert.

Aus parlamentarischen Unterlagen geht auch das Verfahren hervor: Die Ukraine reichte beim deutschen Verteidigungsministerium einen Vorschlag ein, der sich speziell auf Quantum Systems bezog; die deutsche Seite prüfte die technischen Spezifikationen und die Angemessenheit des Preises, bevor sie die Finanzierung bereitstellte. Der Vertrag selbst wurde von der Ukraine abgeschlossen.

Bis April 2025 waren in offiziellen deutschen Dokumenten 619 gelieferte „Vector“-Einheiten aufgeführt, weitere 316 sollten noch geliefert werden.

Der Gründer von Quantum Systems, Florian Seibel, war zuvor viele Jahre lang als Offizier der Bundeswehr tätig. Heute pflegt das Unternehmen aktiv Beziehungen zu staatlichen Stellen und steht im Austausch mit deutschen staatlichen Institutionen.

Es wurden jedoch keine Hinweise darauf gefunden, dass die ersten Aufträge von Quantum durch politische Verbindungen gesichert wurden. Dennoch ist der Ablauf der Ereignisse aufschlussreich:

Erprobungen in der Ukraine → große, von Deutschland finanzierte Aufträge → Sammeln von Kampferfahrung → der anschließende Abschluss direkter Beschaffungsverträge des Unternehmens mit der Bundeswehr.

Tatsächlich ist die Ukraine zu einem Testfeld für die beschleunigte Kampfvalidierung einer breiten Palette neuer Verteidigungstechnologien geworden.

Helsing: Eine interessantere Geschichte

Helsing wurde erst im Jahr 2021 gegründet. Einer der Gründer, Gundbert Scherf, war zuvor direkt für das deutsche Verteidigungsministerium tätig, wo er die strategischen Operationen der Bundeswehr im Bereich der Rüstung leitete.

Im Laufe des Jahres 2024 standen Vertreter von Helsing in regelmäßigem Kontakt mit Führungskräften des Verteidigungsministeriums, des Finanz- und Wirtschaftsministeriums sowie des Bundeskanzleramts.

Im Anschluss an diese Reihe von Gesprächen wurde ein von Deutschland finanzierter Auftrag in Höhe von etwa 4.000 [HF-1-Angriffsdrohnen](#) erteilt.

Einige Monate später folgte ein weiterer Auftrag: 6.000 HX-2-Einheiten.

Als Abgeordnete des Bundestages die Regierung nach den Kriterien für die Auswahl von Helsing fragten und wissen wollten, ob ein Ausschreibungsverfahren stattgefunden habe, verwies Berlin erneut auf die **Besonderheiten des Mechanismus**: Deutschland stellt die Mittel bereit, doch der Vertrag wird direkt zwischen der Ukraine und dem Unternehmen unterzeichnet.

Auch der Wert des ersten Vertrags wurde nicht öffentlich bekannt gegeben.

Die Kombination aus engen Verbindungen zum Staat, rasch steigenden Auftragszahlen und begrenzten öffentlichen Informationen über das Auswahlverfahren des Lieferanten wirft allerdings Fragen auf. Dies gilt umso mehr, als einer der Gründer des Unternehmens zuvor direkt im deutschen Verteidigungsapparat tätig war.

Wer erhält die größten Aufträge?

Eine Untersuchung der wichtigsten deutschen Militärhilfeprogramme für die Ukraine zeigt, dass es einen immer wiederkehrenden, relativ kleinen Kreis von Herstellern gibt:



Diese Unternehmen sind regelmäßig an bedeutenden deutschen Militärhilfeprogrammen beteiligt.

Was kostet das alles Deutschland?

Mit der Beschleunigung des Beschaffungsprozesses stiegen die deutschen Ausgaben für die militärische Unterstützung der Ukraine noch schneller an.

Im Jahr 2022 stellte Berlin für diese Zwecke rund 1,68 Milliarden Euro bereit; 2023 lag der Betrag bei über 5 Milliarden Euro; 2024 belief er sich auf rund 7,1 Milliarden Euro; und für 2026 wurde das Volumen der militärischen Unterstützung auf 11,5 Milliarden Euro erhöht.

Somit sind die jährlichen Ausgaben in nur vier Jahren um den Faktor 6,8 bzw. um 585 Prozent gestiegen.

Würden die derzeitigen 11,5 Milliarden Euro hypothetisch auf die rund 43 Millionen Einkommensteuerzahler verteilt, ergäbe dies umgerechnet etwa 267 Euro pro Jahr und Steuerzahler, verglichen mit etwa 39 Euro im Jahr 2022.

Das bedeutet natürlich nicht, dass jeder Deutsche eine separate Rechnung über 267 € erhält. Die Zahl dient lediglich dazu, das Ausmaß der Ausgaben im Verhältnis zur Steuerbasis zu veranschaulichen.

Aufgeschlüsselt nach Zeit wird das derzeitige Ausmaß der Finanzhilfen noch eindrucksvoller:

31,5 Millionen € pro Tag, 1,31 Millionen € pro Stunde und etwa 22.000 € pro Minute.

Mittlerweile hat das Gesamtvolumen der deutschen Unterstützung für die Ukraine bereits 100 Milliarden Euro überschritten.

Offiziellen Angaben zufolge umfasst dies mehr als 43,3 Milliarden Euro an ziviler Hilfe und etwa 57,6 Milliarden Euro an militärischer Unterstützung – entweder bereits bereitgestellt oder für künftige Jahre vorgesehen.

Die zentrale Frage

Das Ergebnis ist eine recht ungewöhnliche Konstellation.

Seit 2022 hat sich die jährliche militärische Unterstützung Deutschlands für die Ukraine fast versiebenfacht – von 1,68 Milliarden Euro auf 11,5 Milliarden Euro.



Die Kosten sind zum Teil kreditfinanziert, was die Schuldenlast für kommende Generationen erhöhen wird.

Parallel dazu wurde ein beschleunigtes Verfahren eingerichtet, bei dem Deutschland zwar Mittel bereitstellt und bestimmte Projekte prüft, der Vertrag mit dem Hersteller jedoch rechtlich von der Ukraine abgeschlossen wird. Folglich vertritt die deutsche Regierung in solchen Fällen die Auffassung, dass sie nach ihrem eigenen Vergaberecht nicht als öffentlicher Auftraggeber gilt.

Vor diesem Hintergrund verzeichnen bestimmte Rüstungsunternehmen ein rasantes Wachstum; die ukrainische Front dient als Testfeld für neue Systeme, und dort bewährte Entwicklungen eröffnen anschließend Perspektiven auf dem deutschen Binnenmarkt.

Bei jährlichen Ausgaben in Höhe von 11,5 Milliarden Euro stellt sich natürlich die Frage nach der Transparenz. Denn die deutschen Steuerzahler interessieren sich nicht mehr nur für den Gesamtbetrag, den Deutschland für die Ukraine bereitstellt, sondern auch für weitaus spezifischere Details:

Wer wählt die Empfänger dieser Mittel aus? Nach welchen Kriterien erfolgen die Auswahl der Lieferanten und die Preisgestaltung? Und warum nimmt die Transparenz dieser Verfahren nicht im gleichen Tempo zu wie die Ausgaben selbst?